

# Bericht aus dem Rathaus

# **DIE LINKE.**

S C H W E R I N

## Oktober 2018

### **Jobcenter bekommt Außenstelle im Campus am Turm**

Bekanntermaßen entsteht an der Hamburger Allee ein neues Bildungs- und Begegnungszentrum. Dort wird künftig nicht nur die Volkshochschule ansässig sein.

Auch das Jobcenter richtet eine Außenstelle ein. Mit einer gemeinsamen Initiative haben LINKE und SPD dafür gesorgt,

dass dort nicht nur Informationsmaterial bezogen und Informationen allgemeiner Art eingeholt werden können.

Auch Mitteilungen zu Erkrankungen, die Änderung persönlicher Daten oder die Abgabe von Dokumenten wird künftig dort ermöglicht.

### **Videoüberwachung kommt noch einmal auf den Prüfstand**

Mehrere Vorfälle auf und um den Marienplatz hatten vor annähernd 2 Jahren eine heftige politische Debatte ausgelöst. Am Ende entschied eine knappe Mehrheit, den Platz mit Kameras überwachen zu wollen.

DIE LINKE hat diese von Anfang an skeptisch gesehen. Denn Kameras verhindern keine Straftaten, sie helfen im besten Fall dabei, diese aufzuklären. Wenn der Marienplatz tatsächlich immer noch ein Hotspot in Sachen Kriminalität sei, wäre die Präsenz der Polizei, am besten in Form einer Wache am Ort die beste Lösung, sagte Fraktionschef Henning Foerster in der Debatte.

Dass nach 22 Monaten immer noch keine Kamera funktioniere sei ohnehin eine Farce und sollte Anlass genug sein, das Vorhaben aufzugeben. Das Thema wird jetzt noch einmal die Fachausschüsse der Stadtvertretung befassen.

### **Jahreskartentarif, Kartenzahlung und neues Schranksystem für die Schwimmhalle**

DIE LINKE macht sich stark für eine familienfreundliche Stadt. Deshalb hat die Fraktion vehement für den Familientarif im Zoo gekämpft.

Auch in der Schwimmhalle gilt es, Veränderungen vorzunehmen. Die angebotenen 11-er Karten sind unattraktiv und werden nur von 1 Prozent der Besucherinnen und Besucher nachgefragt, wie Martin Frank in der Debatte erläuterte. Zudem sei es im 21. Jahrhundert niemandem mehr vermittelbar, dass man in der Schwimmhalle nicht mit der EC Karte bezahlen könne.

Zu einer funktionierenden Schwimmhalle gehöre zudem auch ein funktionstüchtiges Schranksystem. Der OB hatte dem bereits beschlossenen Antrag widersprochen. Eine Mehrheit der Stadtvertretung hat diesen Widerspruch zurückgewiesen und wird notfalls den Klageweg beschreiten, um das Anliegen durchzusetzen.

### **Möglichkeiten der Kinder und Jugendförderung verbessern**

Der Kinder- und Jugendarbeit kommt auch in Schwerin eine große Bedeutung zu. Offene Treffs sind wichtige Anlaufpunkte für Kinder und Jugendliche, Jugendsozialarbeiter haben immer ein offenes Ohr für deren Sorgen und Nöte. Das alles muss jedoch auch finanziert werden. Und hier beginnt das Problem.

Während die Landesförderung seit 20 Jahren unverändert bei 5,11 € pro 10-26-jährigem Einwohner liegt, finanziert die chronisch klamme Landeshauptstadt Schwerin inzwischen mehr

als 60 €. Hier müsse sich dringend etwas ändern, denn die Komplexität der Arbeit sei gestiegen, die Kinderarmutsquote in Schwerin sei die höchste in ganz M-V, Fachpersonal sei schon jetzt schwer zu finden und unsere Stadt hat in besonderem Maße mit den Herausforderungen der Integration von Menschen anderer Herkunft zu kämpfen, so Wolfgang Block.

Die Stadtvertretung hat einstimmig beschlossen, dass sich der OB an das Sozialministeriums des Landes wenden und eine Änderung einfordern soll.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter [www.die-linke-schwerin.de](http://www.die-linke-schwerin.de)

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

## **Kein Gebetshaus für Schweriner Muslime?**

Einmal mehr versuchte die AfD die Sorgen einiger Bürgerinnen und Bürger im Mueßer Holz für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Diesmal machte sie Stimmung gegen den Verkauf städtischer Flächen an den Islamischen Bund. Jahrelang war die sunnitische Gemeinde in einer alten KITA untergebracht. Die Stadt möchte diese gern abreißen und das Quartier drum herum städtebaulich neu gestalten.

Während für die Büros des Gemeindevorstands eine Lösung gefunden wurde, fehlt nach wie vor eine Alternative zur Durchführung des Freitagsgebets in einer Turnhalle. Wenn die AfD vom Todesstoß für das Mueßer Holz rede, sei dies weltfremd. Die Menschen lebten dort und würden ähnlich, wie jene russisch-orthodoxen oder christlichen Glaubens gern ein Gebetshaus in Wohnortnähe aufsuchen, so Peter Brill in seiner Rede.

## **Maßnahmen gegen das Bienensterben**

Das Thema wird oft belächelt, ist aber von zentraler Bedeutung. Ohne die Bestäubung von Blüten durch Insekten, vor allem durch Bienen stünde die Menschheit vor einem großen Problem. Deshalb stehen inzwischen Bienenkörbe auf dem Dach des Schlosses, des Stadthauses, im Plattenpark und am Feuerwehrmuseum.

Es werden Samen bienenfreundlicher Pflanzen für Beete und Balkonkästen verteilt und vieles mehr. Alle Maßnahmen sollten künftig in einem jährlichen Bericht des Oberbürgermeisters auftauchen, so Henning Foerster.

## **Beteiligungsformat Jugend im Rathaus**

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Stadtvertretung einen Antrag der LINKEN für ein Planspiel im Rathaus beschlossen. Ziel ist es, Kinder- und Jugendliche an die Kommunalpolitik heranzuführen, ihnen für Fragen zur Verfügung zu stehen und Anregungen aufzunehmen. Der Kinder- und Jugendrat hat nun mit einer neuerlichen Initiative seine Vorstellungen konkretisiert.

Gewünscht wird ein Begegnungsformat im Rathaus, welches sich an Jugend im Landtag anlehnt und kurz nach der Kommunalwahl stattfinden soll. Eine tolle Initiative, gerade in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit, lobte Karin Döhring. Und konnte sich eine Spitze in Richtung von CDU und SPD nicht verkneifen, die das Ansinnen schon deshalb unterstützen sollten, weil sie nach Bayern nun auch in Hessen kräftig abgelooost hätten.

## **Weiterentwicklung von Großveranstaltungen**

Großveranstaltungen zu organisieren und durchzuführen, wird auch in der Landeshauptstadt Schwerin zunehmend schwieriger. Gestiegene Kosten und hohe Sicherheitsauflagen machen es aus Sicht der LINKEN erforderlich, die an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten Akteure an einen Tisch zu holen, machte Stefan Schmidt in der Debatte deutlich. Ein entsprechender Antrag, der den Oberbürgermeister beauftragt, zweimal jährlich vor und nach der Hauptsaison in den zuständigen Fachausschüssen mit der Verwaltung und externen Veranstaltern zusammenzukommen, wurde zur weiteren Beratung verwiesen.

Impressum: V.i.S.d.P.: Peter Brill, Kreisvorstand DIE LINKE. Schwerin, Martinstraße 1/1A, 19053 Schwerin, Tel. 0385/7587454

## **Maritimes Zentrum vs. preiswerter Wohnraum am Ziegelsee**

Noch vor wenigen Wochen wollte die SPD auf der Fläche an der Güstrower Strasse einen westdeutschen Investor ansiedeln, der eine Denkfabrik nebst Nobelwohnungen für die darin tätigen Ingenieure plante. Alle Bedenken zu dessen Agieren in anderen Städten schlug sie ebenso in den Wind, wie den Hinweis, dass ein Schweriner Unternehmen auch auf Bitten der Verwaltung ein Konzept für ein maritimes Zentrum erarbeitet hat und auch für dessen Umsetzung bereitsteht.

Anfänglich wurden bis zu 200 Arbeitsplätze versprochen, später korrigierte man dies auf zunächst 15 und mittlerweile hat der Investor ganz abgesagt. Dies nahmen die Sozialdemokraten zum Anlass eine 180-Grad-Wende zu vollziehen. Jetzt forderten sie Sozialwohnungen auf demselben Areal zu errichten. Dieses taktische Manöver entlarvte Gerd Böttger in seiner Rede.

Nach der Absage der IBG Goeke bestehe nun erneut die Chance, die Infrastruktur für die ca. 8000 Wassersportler in der Stadt nachhaltig zu verbessern. Niemand in der LINKEN sei gegen die Errichtung preiswerten Wohnraums oder die Bekämpfung der Segregation und ihrer Folgen. Entsprechende Anträge, die darauf gerichtet sind, befänden sich im Beratungsverfahren. Das in Rede stehende Gelände sei jedoch prädestiniert für die Errichtung eines maritimen Zentrums inklusive Wassertankstelle. Das sah eine Mehrheit der Stadtvertretung auch so und stimmte für den Antrag von LINKEN und UB.

## **Feuerwehrmuseum braucht Hilfe**

Ein marodes Dach bedroht akut die Zukunft des Internationalen Feuerwehrmuseums. Ein hoher fünfstelliger Betrag sei durch den Verein, dem die Stadt das Gebäude vor gut 10 Jahren übertragen hat, nicht zu stemmen.

Viele hätten Hilfe versprochen, tatsächlich stünden aber bislang nur 30 Tausend Euro der Sparkassen Stiftung zur Verfügung. Daher solle der Oberbürgermeister das Thema jetzt zur Chefsache machen und selbst mit dem Innen-, dem Kultus- und dem Wirtschaftsministerium über mögliche Förderkulissen verhandeln, so Henning Foerster, der den Antrag der LINKEN begründete.

Wer sich hinstelle und meine, es sei nicht seine Aufgabe Konzepte für private Vereine zu erarbeiten, springe zu kurz. Findet sich keine Lösung, schließt das Museum, werden die historischen Fahrzeuge an andere Orte verbracht und die Halle fällt an die Stadt zurück.

Ein leeres Gebäude in solch einer Lage wird schnell zum Opfer von Vandalismus und kann im schlechtesten Fall nur noch abgerissen werden. Das sah die Stadtvertretung genauso, bekannte sich zum Feuerwehrmuseum und forderte den OB auf, alles zu unternehmen, um den Standort dauerhaft zu sichern.

## **Stadtvertretung wird Sondersitzung durchführen**

Seit Monaten müssen in der Stadtvertretung immer wieder Anträge auf die nächste Sitzung vertagt werden. Bis zu 60 Tagesordnungspunkte sind binnen 5 Stunden nicht zu bewältigen. Daher hat sich die LINKE für die Durchführung einer Sondersitzung stark gemacht. Am 12.11. sollen nach Möglichkeit nur die Punkte abgearbeitet werden, die bislang nicht geschafft wurden.